

An unsere geehrten Abonnenten!

Mit nächster Nummer schließt das I. Quartal des IX. Jahrgangs der

„Buchbinder-Zeitung“

und erfuchen wir um sofortige Erneuerung des Abonnements bei den Postanstalten, von denen die Zeitung bis jetzt bezogen wurde.

Diesjenigen Abonnenten, die seither das Blatt von uns direkt bezogen und mit dem Abonnementsbetrag nicht im Rückstande sind, erhalten dasselbe auch fernerhin zugesandt. — Rückständige Abonnementsgelder bitten wir umgehend einzulösen.

Die Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung.“

Kapitalistische Organisation der Streikbrecher.

Ein neues Kampfmittel, die Organisation der Streikbrecher, oder wohl richtiger gesagt, die Erziehung und Organisation von Streikbrechern, rüht der bekannte Herr Bued, der in Berlin sich den Kopf der rheinischen und westfälischen Kapitalisten zerbricht, den „Arbeitgebern“ an, und zwar möchte er dasselbe aus England importieren. Anlässlich der großen Dockarbeiterausstände haben nämlich die Schiffbesitzer einen Verband gegründet, der in London, Liverpool, Plymouth, Dublin u., insgesamt an mehr als dreißig Orten, „Bureaus“ errichtet hat. Zweck derselben ist die Eintragung von Arbeitern, welche bereit sind, sowohl mit untrien als nichtuntrien Kameraden in Eintracht thätig zu sein. Demgemäß wird auch dem Engagement von unionistischen Arbeitern keinerlei Hindernis bereitet. Die Zahl der unionistischen Arbeiter soll in der That ungefähr 50 Prozent von den bereits in die Listen eingetragenen ausmachen.

Weiter sind in den Bureaus zu London und Liverpool die Veranstaltungen so getroffen, daß, wenn in irgend einem Teil des Landes ein Streik ausbricht, Arbeiterabteilungen, die mit allen nötigen Geräten, auch Betten und Kücheneinrichtungen, versehen sind, mit derselben Schnelligkeit wie ein Regiment Soldaten nach dort geschickt werden können. Die Streiks von Seeleuten werden lokal erledigt. Auf diese Weise ist eine große Anzahl von Streitigkeiten im Schiffahrtsgewerbe zu einem geordneten Ausstrage gebracht, andere sind im Keime erstickt schon durch die Kenntnis davon, welche Maßregeln die Unternehmer zu ergreifen in der Lage sind, so daß im Allgemeinen die Verhältnisse im Schiffahrtsgewerbe jetzt auf einem viel befriedigenderen Standpunkte stehen, als seit Jahren. Das Beispiel der Schiffseigenümer wollen nun die Unternehmer aller übrigen Industrien nachahmen, und im vorigen Jahre wurde auf einer bezüglichen Konferenz beschlossen, eine „Britische Arbeitsbörse“ zu errichten. Diefelbe soll in London ihren Hauptsitz erhalten und mit den überall zu errichtenden Zweigbüros in Verbindung stehen. Eine ihrer hauptsächlichsten Aufgaben würde sein, Informationen über Arbeitsverhältnisse in allen Teilen des Landes zu sammeln und weiter in der öffentlichen Bekanntmachung der Leute, welche Arbeit suchen, sowie von Zahl und Art der Arbeiter, welche von den Unternehmern irgendwo benötigt werden; auch müsse angegeben werden, wo zu einer gegebenen Zeit reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Auf diese Weise würden Arbeitgeber, welche Arbeiter benötigen, diese leicht zu erhalten vermögen und die Arbeiter andererseits würden wissen, wohin sie zu gehen hätten, um am leichtesten Beschäftigung zu erlangen, so daß ihnen fruchtlose Reisen erspart blieben. „Die Grundzüge und Voraussetzungen für all' Dieses würde natürlich sein das unentwegte Festhalten an dem Grundsatze der Freiheit des Arbeitsvertrages. Im Falle eines Streiks würde es jedem dem Verbands angehörigen Arbeitgeber möglich sein, der Arbeitsbörse Nachricht zu geben und so viel Arbeiter als er braucht, zu verlangen, damit die im Still gelassenen Plätze besetzt werden. Die Hauptstelle in London würden sich dann mit den Zweigbüros in Verbindung setzen und, wenn nötig, aus dem ganzen Lande die Hilfskräfte der Unbeschäftigten heranziehen können; zugleich würden die Hauptstelle alles Nötige für die

Überführung der Leute nach dem Orte des Bedarfs und für deren Versorgung und Schutz zu treffen haben. Alles könnte derartig organisiert werden, daß die Streiks der Zukunft in eine völlig neue Phase eintreten. Auch ist anzunehmen, daß, wenn die Befürworter der schärferen Kontar des Trades-Unionismus die Gesamtheit der Wirtschaft, die gegen sie einsetzt werden können, begreifen, sie viel weniger leicht als jetzt bei der Hand sein werden, zu extremen Maßregeln zu raten. So könnte der gewerblichen und Handels-tätigkeit des Landes größere Stabilität verliehen werden, und die Kapitalisten dürften wieder mehr Neigung zeigen, ihr Geld lieber in heimischen als in ausländischen Unternehmungen anzulegen. Derartige Veranstaltungen würden auch wesentlich mehr dazu beitragen, die Frage der „Unbeschäftigten“ zu lösen, als Unterstützungsfonds oder Beschäftigung von Arbeitern mit öffentlichen Arbeiten auf öffentliche Kosten und dergleichen mehr.“

Die neue Organisation soll durchaus nicht zur Herabdrückung der Arbeitslöhne dienen. Der Anfang soll gemacht werden mit den ungelerneten Arbeitern und „wenn nötig“ soll die Organisation auch auf die gelerneten Arbeiter ausgedehnt werden. Eventuell soll mit der Arbeitsbörse eine Abtheilung für Lehrthätigkeit verbunden und „die grundlegenden volkswirtschaftlichen Lehren unter den arbeitenden Klassen verbreitet werden.“

Diese halb Thatsachen, halb Projekt enthaltenen Darstellungen entnimmt Herr Bued den „Times“ und veröffentlicht sie im Monitor der rheinisch-westfälischen Eisenlords, „Stahl und Eisen.“ Entzückt von diesen Mitteln, den „Uebermuth der Arbeiterorganisationen zu zügeln“, schließt er: Die Engländer haben darnach den einzigen möglichen Weg beschritten, auf dem den Arbeiterverbänden entgegengetreten werden kann. Von keiner Seite wird unser Wirtschaftsleben, unsere Gesellschaftsordnung und Kultur so ernstlich bedroht, wie von den Organisationen der Arbeiter und den Ausbreitungen derselben. Da die Gesetzgebung besagen wird, wenn es gilt, hier Abhilfe zu schaffen, so werden zur gegebenen Zeit, wenn die Noth am größten sein wird, auch die deutschen Unternehmer und Arbeitgeber sich vereinen müssen. Dann wird ihnen der Sieg nicht fehlen, wie auch der Verband der Schiffseigenümer (Shipping Federation) auf der ganzen Erde gegen die Uebergriffe der neuen Trades Unions gefiegt hat. Vorläufig aber wird die große Mehrzahl der deutschen Arbeitgeber Alles zu vermeiden haben, was geeignet sein könnte, der Organisation der Arbeiter Vorschub zu leisten.“

Der kapitalistische Herr Bued und mit ihm die englischen Arbeitgeber und die „Times“ dürften sich mit ihrem „Originalheilmittel“ gegen die organisierten Arbeiter bis verrechnen. Das Heilmittel, der „neue Weg“, ist gar kein Original. In der wiedergegebenen Darstellung finden sich lauter Anklänge an alle Bekannte, wie Malthus, Schulze-Deleitsch; die „Freiheit der Arbeit und des Arbeitsvertrages“ ist die alte Schindmähre der Manufakturleute, und was Positives an dem Projekt ist, ist nichts weiter als eine schlechte Nachahmung einer altbewährten Erfahrung in den englischen Gewerksvereinen, die schon seit Jahrzehnten einen zentralisirten Arbeitsnachweis haben. Und die Tenenge des Projekts ist so alt, als die sozialen Kämpfe selbst, und sie wird sich abermals, wie schon so oft, an der starren Thatsache drehen, daß die Arbeiter eben keine Marionetten sind, sondern Menschen, die meistens auch denken gelernt haben. („Vorwärts.“)

Protokoll

der Verhandlungen des IV. ordentlichen Verbandstags der Vereine der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland.

Abgehalten zu Frankfurt a. M. den 20., 21. und 22. Februar 1893.

(Schluß.)

Zur Debatte steht die Arbeitslosenunterstützung. Bei § 36 schlägt die Kommission vor: Wer ohne Unterbrechung zwei Jahre dem Verbands angehört und mindestens 60 Wochenbeiträge entrichtet hat, kann Arbeitslosenunterstützung erhalten. Nardten-Leipzig meint, wenn man zwei Jahre dem Verbands angehört und nur 60 Beiträge geleistet hat, das könne doch nicht stimmen. Von Seite des Vorsitzenden Harder erfolgt Aufklärung dahingehend, daß ja Krankheit und Arbeitslosigkeit eintreten könne, wobei ein Mitglied vom Beitrag befreit ist.

Joseph-Nürnberg: Von Seiten des Kollegen Scherer-Leipzig ist uns gezeigt worden, daß bei einer hohen Karenzzeit nichts zu erreichen ist; es ist unbedingt nötig, eine kleinere Karenzzeit herbeizuführen.

Marwig-Berlin wünscht die zweijährige Karenzzeit beizubehalten und findet dieselbe nicht zu hoch.

Nardten-Leipzig findet 60 Wochen nicht zu hoch. Kamman-Hamburg ist gleichfalls für 60 Wochen.

Balluff-Stuttgart wünscht zu setzen: Verbandsmitglieder, welche 60 Wochen ihre Beiträge entrichtet haben, können im Falle einer Arbeitslosigkeit Unterstützung erhalten. Dementsprechend wird beschlossen.

Bei § 37 wünscht Nardten-Leipzig, daß keine zwei Klassen errichtet und kein Unterschied zwischen Verheiratheten und Ledigen gemacht werden solle, sondern es solle auch hier gelten: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte.“ Er bittet, für männliche Mitglieder 7, für weibliche 4 Mark pro Woche zu legen.

Buchwald-Altenburg kann den Ausführungen „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ zwischen Verheiratheten und Ledigen nicht beipflichten, indem hier doch ein Unterschied bestehe.

Joseph-Nürnberg ist auch nicht der Ansicht, daß hierbei das Prinzip gleiche Pflichten, gleiche Rechte gelten kann, um aber Differenzen auszugleichen, solle man es anwenden.

Niese-Berlin schlägt nun vor, vom 10. Tage an bis zum 40. Tage für männliche Mitglieder 1 Mark, für weibliche 50 Pf. pro Tag zu bestimmen.

Schubert-Siegenitz will für männliche Mitglieder pro Woche 7 Mark, für weibliche 3 Mk. 50 Pf. Nardten-Leipzig wünscht, daß der Anfang der Arbeitslosenunterstützung in keinem Falle später als nach dem 6. Tage eintrete.

Weymann-Vielefeld hält 10 Tage als nicht zu hoch gegriffen.

Grimm-Hamburg schlägt vor, 8 Tage zu nehmen.

Marwig-Berlin wünscht mit dem 5. Tage zu beginnen.

Nardten-Leipzig erklärt auf einen Zuruf Schmidt's: Wir können uns nicht nach Leipzig richten — daß die Leipziger wohl auch etwas verlangen können, da sie immerhin noch Opfer bringen müssen.

Zhierberg-Frankfurt wünscht die Unterstützung pränumerando auszubehalten.

Goppert-Hannover beantragt, die Unterstützung mit dem 4. Tage zu beginnen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Nardten-Leipzig wünscht Aufklärung, wie es mit den Einzelmitgliedern gehandhabt werde. Diefelbe wird ihm gegeben.

Zu § 38 beantragt Niese-Berlin, anstatt der Worte: „wobei jedoch diese Zeit angerechnet wird,“ zu setzen: „wobei jedoch der empfangene Betrag angerechnet wird.“ Der Paragraph wird in dieser Fassung angenommen.

Zu § 39 wurde folgender Zusatz beantragt: „Arbeitslosenunterstützung kann jedoch nur an dem Ort ausbezahlt werden, in welchem die letzten Beitragsleistungen erfolgten.“ Dieser Zusatz wird angenommen.

Zu § 40 spricht Nardten-Leipzig. Er weist darauf hin, daß bei der heutigen großen Arbeitslosigkeit wohl ein jeder Arbeitslose froh ist, wenn ihm Arbeit angeboten wird, und daß es wohl keinem einfallen dürfte, dieselbe abzuschlagen; er wünscht, daß der Kommissionsantrag nicht angenommen werde.

Marwig-Berlin spricht sich in ähnlichem Sinne aus.

§ 40 der Kommissionsvorlage wird hierauf abgelehnt.

Bei § 41 wünscht Kamman-Hamburg die Aenderung, daß die Karenzzeit von 50 auf 30 Wochen herabgesetzt werde, und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Diefelbe wird jedoch abgelehnt und der Paragraph in der Vorlage angenommen.

§ 42 und 43 gelangen ohne Debatte zur Annahme.

Hierauf wird die Sitzung um 6 1/2 Uhr vertagt. Die Sitzung wurde um 7 Uhr wieder aufgenommen und in der Beratung des Statuts fortgesetzt.

§ 44 wird ohne Diskussion angenommen.

Zu § 45 spricht zunächst Harder. Er hält einen Zentralarbeitsnachweis für weithlos und ist nicht besonders dagegen, weil es mit Geldstoffen verknüpft sein werde.

Im Falle bei Bedarf von Arbeitern sich der betreffende Verein an den Arbeitsnachweis anderer Vereine zu wenden hat.

Nardten-Leipzig weist auf die Zeitung hin, wo unter der Rubrik „Arbeitsnachweis“ etwaiger Mangel von Arbeitskräften gewiß schnell gebedt werden könnte.

Niese-Berlin spricht wiederholt für Annahme des Paragraphen.

Diefelbe wird angenommen; desgleichen ohne Aenderung die §§ 46, 47 und 48.

Bei § 49 wird von dem Worte Verheirathet noch Verheirathet eingeschaltet und der Paragraph in dieser Fassung angenommen.

Desgleichen wird der § 50 angenommen.

Bei § 51 wird der Absatz, betreffend den Redakteur der Zeitung, gestrichen. Im Uebrigen wird der Paragraph angenommen.

Ueber den § 52, betreffend die Preiscommission, entspringt sich eine lebhafteste Debatte.

Joseph-Nürnberg will dieselbe an einen Ort verlegt wissen, wo der Verbandsvorstand nicht seinen Sitz hat.

Anderer Redner sind gegenheiliger Ansicht und halten eine Preiscommission für überflüssig. Es werden schließlich zwei Anträge zu diesem Punkte eingebracht, und zwar von Simon: „Den Verbandsauschuß zugleich als Preiscommission einzusetzen“;

desgleichen von Müller: „Dem Redakteur zuzugewiesene Berichte sind an den Ausschuß zur Beschlußfassung anzuschicken.“

Letzterer Antrag wird angenommen, alles Uebrige im Paragraphen abgelehnt.

Nardten-Leipzig stellt hierauf die Anfrage, ob beim Beitritt der Leipziger diese auch erst 60 Wochen Steuern sollen, da die dortige Organisation schon Unterstützung bei Arbeitslosigkeit leistet. Wenn sie ihr Vermögen dem Verbands überweisen würden, glaubt er, könne man sie von der Karenzzeit entbinden. Der Vorsitzende verneint dieses.

Dann sagt Herr Dietrich, sobald das neue Statut in Kraft tritt, sollte sich der Leipziger Verein auflösen, die Mitglieder der neuen Zentralisation beitreten und das vorhandene Vermögen zur Auszahlung der Unterstützung am Ort verwendet werden.

Buchwald-Altenburg ist dafür, neben der Verbandsmitgliedschaft den Verein solange aufrecht zu erhalten, bis die Verbandsunterstützung beginnt, ist noch Vermögen dann am Ort vorhanden, dann sei dieses der Zentralisation zuzuwenden.

Schubert-Siegenitz ist der Ansicht, daß sich dieses nicht nur auf Leipzig, sondern auf sämtliche sächsische Vereine beziehen soll.

§§ 53 und 54 werden hierauf unverändert angenommen.

Bei § 54 schlägt Schwinder-Freiburg i. B. vor, die Uebergangsbestimmungen nicht ins Statut aufzunehmen. Diefem wird entprochen.

Der letzte Paragraph der Vorlage gelangt sodann zur Annahme.

Es gelangt hierauf folgende Resolution, welche dem Mitgliedsbuch beigelegt wird, zur Annahme: „Die Mitglieder des Verbandes der Vereine der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen treten ohne Weiteres unter Anerkennung ihrer Mitgliedschaft über. Zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung werden dieselben jedoch erst berechtigt, nachdem sie 60 Wochenbeiträge entrichtet haben.“

Nachdem das neue Statut nun ausgearbeitet, wurde dasselbe durch Erheben von den Vägen einstimmig angenommen.

Mit Zeit des Inkrafttretens des Statuts schlägt der Vorsitzende den 1. Mai vor.

Steinweh-Frankfurt will, daß dies zum 1. Juli geschehe.

Nardten-Leipzig empfiehlt den 1. Mai seiner besonderen Bedeutung wegen.

Müller-Stuttgart hält diese Zeit für zu kurz. Dietrich meint, daß es gut wäre, den Vereinen Zeit zu ihrer Umgestaltung zu geben. Genüge hierzu die Zeit bis zum 1. Mai, dann müssen auch die andern Vorarbeiten bis zur angegebenen Zeit erledigt werden. Dies sei aber nur unter Hinzuziehung von Hilfskräften möglich.

Durch Abstimmung wird darauf der 1. Mai als Tag des Inkrafttretens bestimmt.

Ein Antrag von Buchwald, nach welchem etwaige Aenderungen des neuen Statuts durch den Verbandsvorstand und den Ausschuß vorgenommen werden können, gelangt zur Annahme. Er lautet: „Im Falle sich durch das Gesetz bedingte Aenderungen des Statuts rothwendig machen sollten, hat der Vorstand in Verbindung mit dem Ausschuß die Vorschaffung, solche Aenderungen vorzunehmen, desgleichen der Verbandsvorstand etwaige redaktionelle Verbesserungen.“

Der Verbandstag giebt ferner seine Zustimmung dazu, daß der Generalcommission in Hamburg fortlaufend pro Mitglied und Quartal 5 Pf. abgeliefert werde.

In Anbetracht dessen, daß die Organisation

der Stein drucker und Lithographen bei unserem Verbandstag vertreten war, liegt ein Antrag vor, auch unerseits die nächste Generalversammlung dieser Organisation zu beschließen.
Grimm-Hamburg wünscht den Verbandsvorsitzenden ebenfalls zu sehen.
Joseph-Nürnberg hält dies nicht gerade für nötig; ebenso Schubert-Liegnitz.
Dietrich will nur, daß die Notwendigkeit einer Vertretung unserer Organisation ausgeprochen werde, die Bestimmung der Person sollte dem Verbandsvorstande und dem Ausschuß übertragen sein.

Im Sinne dieser Ausführungen beschließt der Verbandstag.
Der Verbandstag gelangt nun zur Bestimmung der Vororte. Als Sitz des Zentralvorstandes wird Stuttgart vorgeschlagen.

Joseph-Nürnberg und Homfeld-Düsseldorf sind der Ansicht, daß der Sitz nach Berlin verlegt werden müßte wegen des graphischen Kartells. Dietrich ist der Ansicht, daß das graphische Kartell die Sitzverlegung nach Berlin nicht notwendig mache. Es sei auch noch gar nicht ersichtlich, ob daselbst für die Kemter passende Personen auch erwählt sind, diese anzunehmen.

Harber erklärt hierauf, daß die Befürchtung wegen den Personen nicht zutriffe. Er habe bereits von einer durchaus geeigneten Person daselbst bestimmte Zusage, daß diese eine Wahl annehmen werde.

Bongars-Hagen spricht ebenfalls für Berlin wegen der geographischen Lage und wegen dem Kartell.

Buchwald-Altenburg führt aus, daß man nicht weiß, ob bis zu der Zeit, wenn ein graphisches Kartell zu Stande kommt, die verwandten Berufsorganisationen ihren Sitz noch in Berlin haben werden, beantragt deshalb, den Sitz künftig an den Ort zu verlegen, wo die anderen Berufsorganisationen ihren Vorort haben.

Weiß-Köln tritt für Weibehaltung der Zentralleitung in Stuttgart ein.

Riese-Berlin will den Vorort nicht nach Berlin verlegt haben; die Person, welche Harber im Auge habe, genieße nicht des nötigen Vertrauens.

Harber legt die Gründe dar, warum er den Sitz nach Berlin verlegt haben will.

Joseph-Nürnberg ist nicht der Meinung, daß der Sitz gerade in Berlin sein müsse, und tritt für den Antrag Buchwald ein.

Die Abstimmung ergibt, daß der Vorort in Stuttgart verbleibt.

Der Antrag Buchwald wird abgelehnt. Zum Sitz des Ausschusses wird Hannover vorgeschlagen und angenommen.

Als Sitz des Zentralarbeitsnachweises kommt in Vorschlag: Berlin, Leipzig und Stuttgart. Joseph-Nürnberg spricht für Berlin.

Berlin wird als Sitz des Zentralarbeitsnachweises bestimmt.

Als Erscheinungsort der „Buchbinder-Zeitung“ werden vorgeschlagen: Stuttgart, Hannover und Berlin.

Die Abstimmung ergibt, daß die Zeitung auch fernerhin in Stuttgart erscheint.

Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag wird dem Verbandsvorstand überlassen.

Grimm-Hamburg fragt an, wer die Leitung der Urabstimmung übernehmen soll.
Harber erklärt hierauf, daß das dem Zentralvorstand zustehe.

Joseph-Nürnberg will vom Verbandstag erklärt haben, daß der nächste Verbandstag nach einem geographisch günstigen gelegenen Orte einzuberufen werden soll.

Harber giebt Klärung, warum Frankfurt dieses Mal ausgewählt wurde.

Beim vierten Punkt der Tagesordnung angefangt, wird Dietrich zum Vorsitzenden vorgeschlagen. — In die Wahlkommission werden Tziereberg, Marwig und Behrmann bestimmt.

Das Wahlergebnis ergibt, daß 37 Stimmen abgegeben wurden; davon erhielt Dietrich 34 Stimmen, Jöhler 1 Stimme, 2 Zettel waren unbeschrieben. Dietrich ist somit als Vorsitzender wiedergewählt.

Als Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“ kommt Dietrich zum Vorschlag. Bei der Abstimmung erhielt Dietrich 31 Stimmen, Jöhler 4 Stimmen, Joseph 1 Stimme; 1 Zettel war unbeschrieben.

Dietrich dankt hierauf für das ihm wiederholt gegebene Vertrauen und erklärt, die beiden Funktionen auch fernerhin im Interesse des Verbandes ausüben zu wollen.

Der Vorsitzende glaubt, daß mit Annahme des neuen Statuts alle Anträge, soweit sie noch nicht zur Beratung und Abstimmung kamen, gefallen sind. Der Verbandstag giebt hierzu seine Zustimmung.

Da der Vorsitzende Harber abreisen muß, so übergibt er die Leitung der weiteren Verhandlungen dem zweiten Vorsitzenden.

Riese-Berlin spricht im Namen der Delegierten dem Kollegen Harber für seine umsichtige Leitung den Dank der Versammlung aus.

In den Verhandlungen fortsetzend, werden sodann die Gehälter resp. Entschädigungen auf der bisherigen Höhe belassen.

Unter Punkt „Verzeichnis“ wird beschlossen, die dem Verein Frankfurt durch den Verbandsrat entfallenden Inkosten mit 18,25 Mark auf die Verbandskasse zu übernehmen.

Marwig-Berlin stellt den Antrag, die durch den Berliner Kartonnarbeiterstreik dem Verbandsverein bei der Verbandsabgabe gemachte Schuld in Höhe von 500 Mark niederzuschlagen, also die Zurückzahlung dieser Schuld dem Verein Berlin zu erlassen.

Dietrich legt in längeren Ausführungen die Ursachen der Schuld klar und empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Schubert-Liegnitz ist ebenfalls für den Antrag. Goppert-Hannover glaubt, daß der Verein Berlin schon in der Lage wäre, die Schuld abzutragen.

Jacob Offenbach macht die Delegierten des vorigen Verbandstages verantwortlich dafür, daß die Berliner noch nicht bezahlt haben, weil man ihnen sagte, sie könnten sich Zeit lassen.

Riese-Berlin erklärt, wodurch es kam, daß die Schuld bisher nicht bezahlt werden konnte und er sucht, dieselbe zu erlassen.

Marwig-Berlin betont, daß ein Vorwurf den Berliner Vereinsvorstand nicht treffen könne, da er nicht ahnen konnte, daß der frühere Kassier Krüger den Verein betrüge. Hätten die Kartonnarbeiter beim Streik gefeiert, dann hätten sie auch die Schuld abzahlen können.

Kammann-Hamburg ist für Annahme des Antrages, meint aber, daß es den Berlinern doch möglich gewesen wäre, wenigstens etwas an dem Betrag abzuzahlen.

Müller-Stuttgart und Steinweh-Erlangen machen den Berlinern den Vorwurf, in dieser Angelegenheit leichtsinnig gehandelt zu haben.

Der Antrag, dem Verein Berlin die Zurückzahlung der 500 Mark zu erlassen, wird hierauf angenommen.

Weiß-Köln fragt an, in welcher Form das Protokoll erscheinen soll.

Marwig-Berlin beantragt, das Protokoll in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen. Mannebach-Bremen ist für Separatdruck, um es zur Agitation zu verwenden.

Buchwald-Altenburg glaubt, daß sich daselbst nicht zur Agitation eigne.
Dietrich spricht für den Antrag Marwig. — Der Antrag wird angenommen.

Buchwald will das Protokoll nochmals redigiert wissen. — Dieser Wunsch wird dem Redakteur zur Ausführung überlassen.

Da nun auch der letzte Punkt der Tagesordnung erledigt war, so gelangte der Verbandstag zum Schluß seiner Verhandlungen.

Buchwald dankt den bei den Vorarbeiten für den Verbandstag thätig gewesenen Kollegen Frankfurt im Namen des Verbandstages für ihre aufgewendete Mühe.

Tziereberg-Frankfurt konstatiert, daß durch Abhaltung des Verbandstages zu Frankfurt ein längst geäußelter Wunsch der Kollegenschaft Frankfurts in Erfüllung ging und spricht in deren Namen den Dank dafür aus.

Buchwald schließt hierauf den vierten ordentlichen Verbandstag mit einem dreifachen Hoch auf die neue Organisation, in das die Anwesenden begeistert einstimmen.

Dietrich dankt noch dem Bureau für seine maßvolle Thätigkeit während der dreitägigen Verhandlungen.

Ende des Verbandstages am 22. Februar Abends 1/10 Uhr.

Die Schriftführer:
H. Wunisch, Jr. Lag, Emil Reutirch,
Georg Kirchner.

Korrespondenzen.

Dresden. Am 11. März tagte hier eine allgemeine Buchbinderversammlung, die gut besucht war und in welcher Kollege Reutirch Bericht über die Verhandlungen des vierten Verbandstages gab. Referent entledigte sich seiner Aufgabe in längerer Rede, die Beschlässe des Verbandstages und speziell auch die Arbeitslosenunterstützung hervorhob. Das Ergebnis war, daß sich sofort drei Kollegen zum Eintritt in die Organisation anmelde.

In der sich anschließenden Diskussion sprach Kollege Conrad dem Referenten, welcher auch als Vereinsvorsitzender sich für die Organisation sehr bemüht, den Dank der Versammlung aus, glaubt aber nicht, daß ein Masseneintritt in Dresden, dem sogenannten schwarzen Erdbittel, erfolgen wird, da mit den hiesigen Kollegen nicht viel zu machen sei. Entweder seien es die schlechten Lohnverhältnisse oder die geringlichen Einwirkungen, welche am Beitritt hinderlich sind. Es herrsche ein Kassenstillstand zwischen den Kollegen, den man sich nicht schlimmer denken kann.

Anschließend an die Diskussion wurde beschlossen, den Verein am 1. Mai aufzulösen und als Einzelmitglieder dem Verband beizutreten, worauf folgende Resolution Annahme fand:

„Die heute den 11. März in Bestas Lokal tagende Versammlung des hiesigen Unterstützungsvereins erklärt sich mit den Ausführungen ihres Delegierten einverstanden; ferner erklärt sich die heutige Versammlung mit den Beschlüssen des diesjährigen Verbandstages zufrieden gestellt, und verpflichtet sich, mit diesen Beschlüssen als Agitationsmaterial in der Hand energisch an die uns noch fernstehenden Kollegen heranzutreten, um selbige für unsere Organisation zu gewinnen.“

S. Hein, Schriftführer.

Dresden. Am Sonnabend den 11. März fand im Restaurant Bürgerbräu eine öffentliche Versammlung aller in der Papierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, mit der Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Verbandstag, Referent E. Schubert; 2. Stellungnahme zu einer Konferenz der sächsischen Kollegen und Kolleginnen, Referent W. Weigang; 3. Verschiedenes. Kollege Schubert berichtet über die Verhandlungen des Verbandstages und somit unter Anderem auch auf die Annaberger Resolution, welche von der Redaktion zurückgewiesen wurde, zu sprechen; er findet selbiges Vorgehen aber nicht für richtig. Zu der Dresdener Flugblatt-Angelegenheit ist Schubert der Überzeugung, daß sehr viel Kollegen, welche er privatim sprach, damit einverstanden wären; er selbst fügte sich als Dresdener — trotzdem er daselbst voll und ganz unterrichtet — nicht veranlaßt, dazu zu sprechen. Betreffs der Reorganisation erklärt sich Schubert dagegen, da sie dem Zentralvorstand zu große Rechte beizugeben in die Hände giebt; er gleichzeitig fragt Schubert an, wie sich die Versammlung hierzu stellt. — Auf Antrag Schlegel wird zunächst der zweite Punkt der Tagesordnung vorgenommen und die Debatte dann über beide Punkte gepflogen. Weigang führt an, man wolle eine Konferenz aller sächsischen Kollegen und Kolleginnen einberufen, um zu sehen, wie sich die anderen Vereine zu der Reorganisation stellen; im Uebrigen ist er zum Theil nicht mit dem Verband einverstanden. Kollege Schlegel möchte warnen, betreffs der Gae darauf eingezogen werden und wünscht, daß sofort Schritte gethan werden bezugs Einigung darüber. — Kollege Waune dagegen vertritt die Ansicht des Verbandes und verwirft die Angriffe einiger Kollegen gegen den Verbandsvorstand. Ferner hält er es für zwecklos, eine Konferenz abzuhalten, da doch jeder Verein trotzdem für sich beschließen kann. — Hierauf gingen zwei Resolutionen ein.

Die erste von Kollege Schlegel lautet folgendermaßen:

„Die heute tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens erklärt nach Anhörung des Referenten und der Debatte Folgendes: Wir stehen voll und ganz auf dem Boden der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung und glauben, daß die Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des Kapitals auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgen wird und halten uns daher für verpflichtet, auf den weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation hinzuwirken und alle Mittel anzuwenden, die geeignet erscheinen, die Organisation zu fördern. Die gegenseitige Verbindung unter den Arbeitern muß aber eine gegenseitige freie Vereinbarung sein. Ein Druck, gleichgültig von welcher Seite er kommt, muß zurückgewiesen werden. Der Umstand, daß der Verband beschloß, innerhalb des Reiches nur Zahlstellen des Verbandes anzuerkennen, so erkennen wir darin einen Gewaltakt, gegen den wir uns mit allen Kräften wenden. Die sächsischen Kollegen, und insbesondere die Dresdener, wollen keine Extravergütungen haben, sondern sie befinden sich ohne ihr Verschulden durch das sächsische Vereinsgesetz und deren Auslegung in einer Ausnahmestellung, auf die die übrigen Kollegen Deutschlands wohl Rücksicht zu nehmen hätten. Im Uebrigen ist es in Dresden Jedem freigestellt, sich diejenige Organisation zu wählen, die ihm am meisten zusagt. Ferner protestieren wir gegen die Resolution der Unterstützungs-Kommission. Bei jedem bürgerlichen Gericht ist es üblich, daß sich Ankläger und Angeklagte gegenübersehen. Hier konnten wir nicht ver-

Der Stagnation der chinesischen Kultur.

Eine völkervergleichende Studie von G. D.

Das Fortvegetieren des chinesischen Volkes können wir — gestützt auf die Thatfache des Rückgangs der in der Kultur zurückgebliebenen Völker — nicht als eine Ausnahme von der Regel bezeichnen, sondern wir müssen es als eine natürliche Folge ansehen, weil die Grundbedingung für den Fortbestand — die freiwillige oder gezwungene Theilnahme an dem internationalen Verkehr — bei den Chinesen fehlt.

Die Geschichte Chinas lehrt uns, daß dieses Volk von den ältesten Zeiten bis auf heutigen Tag nur für sich und in sich gelebt hat; die Lage des Landes begünstigte dieses, denn an drei Seiten hatte die Natur gewaltige Schranken gegen das Eindringen fremder Völker gelegt.

Wenn wir uns mit diesem Volk beschäftigen wollen, kann es nur sein, um festzustellen, wie es möglich gewesen ist, daß daselbst so weit in der Kultur zurückgeblieben konnte, während andere Völker, die noch auf der Stufe der Barbarei standen als China schon eine bedeutende Kultur besaß, dieses hat überlagert. Und dieses festzustellen, ist eine Vergleichung des Geisteslebens dieser Völker notwendig; nicht in dem Unterschied materieller Verhältnisse, sondern in Charakter und Gemüth muß die Ursache zu suchen sein.

Wenn wir das Geistesleben eines Volkes untersuchen wollen, wäffen wir den Fessel beim Anfang seiner Kultur ansetzen, das heißt da, wo anscheinend die rohe Charakterbildung von einer allgemeinen Gemüthsbildung verdrängt wird.

Aus der chinesischen Geschichte erfahren wir, daß um Jahr 3460 v. Chr. der weiße Fohi den Grund legte zur chinesischen Kultur. Die Grundlage ist ein System religiösen Patriarchalismus, die höchste Gewalt des Himmels wie die der Erde,

wird als eine väterliche, wohlthätige und milde gedacht, die eine kindliche Ehrfurcht erfordert, aber keinen göttlichen Kultus. Die moralische Lebensregel fordert Güte und Vertrauen, die in Betreff des Staates in dem Sage gipfelt: vox populi, vox dei (Volles Stimme, Gottes Stimme).

Die reinen würdevollen Zustände, die Fohi geschaffen hatte, waren nicht von langer Dauer; sein patriarchalisches System war zu einem patriarchalisch-bureaucratischen, regelreichen politischen Staats- und Gesellschaftssystem ausgeartet, als um Jahr 500 v. Chr. Chinas berühmtester Sohn Kong-fu-tse, als Reformator auftrat.

Kong-fu-tse mußte schwere Enttäuschungen und bittere Reaktionen erfahren, führte aber seine Mission mit Muth, Würde und Standhaftigkeit aus. Es ging ihm wie es Allen geht, die sich dem Blick der Menschheit weihen wollen, sie müssen den bitteren Reiz des Unglücks bis auf die Hefe leeren; es ist als müßten sie durch alle menschlichen Leiden die erhabenen Vorzüge des Himmels, womit ihr Wesen geziert ist.

Als Sittenlehre predigte Kong-fu-tse das konsequente Hinströben zu der alten Sitteneinfalt, zu der liebevollen Mäßigkeit und Reinheit des Familienlebens, wie sie vorwärts in China geübt hatte. Seine Philosophie war eine praktische, die sich erstreckte über alle Verhältnisse des Lebens; er nannte nicht seine Lehre eine neue, sondern eine Zusammenfassung alles dessen, was frühere chinesische Weise gelehrt hatten.

Nachdem wir nun die gemüthsbildenden Reformatoren in China kennen gelernt haben, gehen wir über zu demjenigen Reformator, dessen Aufrechterhaltung für Europa bedeutungsvoll werden sollte, zu dem nozaränischen Jiu. Die gemüthsbildende Lehre Jesu ist von derselben stiftlichen Reinheit wie diejenige seiner Vorgänger in China, der Unterschied liegt nur darin, daß die Ersteren forderten, daß das Gute gethan werden sollte um des Guten Willen, ohne Aussicht auf andere

Bergütung wie Selbstzufriedenheit, die eine gute That mit sich bringt, während Jesu sich klammerte an die jüdische Hypothese von einer persönlich strafenden und lobenden Gottheit und die Unsterblichkeitslehre hinzufügte, das heißt die Vergütung guter und schlechter Thaten nach diesem Leben.

Wir erfahren hieraus, daß, während die chinesischen Reformatoren moralische Volkserzieher waren, Jesus, durch die Behauptung seiner göttlichen Sendung, Religionsstifter wurde; seine Lehre, den damaligen Riten gut angepaßt, wurde von den Herren wie von den Sklaven willkommen geheißen. Den Ersteren bot sie ein Halt für ihre Macht, Letzteren einen Trost in ihren Leiden.

Die moralische Reinheit eines Volkes, erwachsen aus der Gemüthsbildung ohne Religionsgrundlage, ist, wenn es die Vernichtung des Charakters zur Folge hat, mehr schädlich für eine höhere Geistesbildung, wie die ausgeprägteste Theosophie, denn diese fordert außer dem materiellen Gedankengang eine fanatische Erhebung über das Aetale, die eine Stärkung der Denkraft zur Folge hat.

Das Arbeiten war, sowohl von den chinesischen Reformatoren, wie von Jesus, als der Zweck des Lebens dargestellt. Während aber für die Chinesen, die keine göttlichen Tribute zu entrichten hatten, das Arbeitsjahr ununterbrochen fort-dauerte, wurde es bei den Christen durch eine Reihe von Festtagen unterbrochen, was für die Entwicklung der intellektuellen Kräfte von ungeheurer Bedeutung wurde, indem die Rutelage die Möglichkeit eines gefelligen Verkehrs boten, wodurch ein Einblick in die Verhältnisse anderer möglich wurde, der vergleichende Gedanken hervorgerufen mußte.

Sowohl in Europa wie in China fand eine stete Zunahme der Bevölkerung statt und damit

Hand in Hand ein Theilung in Besitzende und Besitzlose: während aber in Europa die Pfaffen durch einen bis zum Erzeß getriebenen Uebermut die Völker knechteten und auslaugten und dadurch die durch die Ueberbevölkerung verursachte Lebensweise noch trügerlicher gestalten, er-folgte die Verfeinerung der Lebensweise in China von Selbstgeiz zu Geizlosigkeit unmerklich. Zu einem Verhältnis für seine jammervolle Lage kann ein Volk, das vom Arbeiten vollaus in Anspruch genommen wird, und bei dem deshalb die Pflege des gefelligen Verkehrs völlig unbekannt ist, nicht kommen, — dies in Verbindung mit der einseitigen Gemüthsbildung mußte eine allgemeine Charakterlosigkeit des chinesischen Volkes zur Folge haben.

Charakter erlangt ein Mensch nur durch Wahrung seiner Rechte; das setzt aber eine Vertretung dieser voraus. Das chinesische Volk hatte aber keine Veranlassung, seine Rechte zu wahren, denn die Rechte des Volkes wurden nicht gekannt, der Despotismus ist und war ein löcherbarer; auch gegen das Eindringen räuberischer Raubharn war das Volk ziemlich gleichgültig. Unter solchen Umständen konnte von Wahrung allgemeiner Rechte oder Interessen keine Rede sein und folglich war kein Grund für ein öffentliches Leben vorhanden, das heißt für Zusammenkünfte zur Vertretung allgemeiner Interessen.

Bei den andern Völkern lagen die Verhältnisse anders, ihre gegenseitigen Raubzüge mußten innerhalb der einzelnen Stämme einen intimen gefelligen Verkehr hervorbringen, wie auch das Bewußtsein, für eine gemeinsame Sache gekämpft zu haben, das Gefühl der Gleichheit und Brüderlichkeit, das im Vertrauen wurzelt, erfahren mußte.

Mit dem Emporwachen des Unsterblichkeitsglaubens, der den Völkern gewaltfam aufgedrungen wurde, fand eine Erschlaffung des Charakters statt; die irdischen Rechte wurden von den himmlischen in den Hintergrund gedrängt, was von

*) Es giebt in China nur 16 um die Jahresweende aufeinander folgende Festtage.

treten sein, daher hat ein hinter unserm Rücken
zusammengebrachtes Urtheil gar keinen Werth.
Die zweite von Hoffenbach eingebrachte Reso-
lution lautet:

„Die heutige Versammlung ist der Mei-
nung, daß sie ihr Wohl nicht in einer strikten
Zentralisation sehen, sondern halten die Auf-
klärung und die Interessengemeinschaft als das
beste und einzige Kampfmittel zur Erreichung
einer besseren Lebensstellung. Sie ist weiter
der Meinung, daß dies nur in einer Organi-
sation der Fall sein kann, die vollständige
Bewegungs- und Meinungsfreiheit garantiert.
Da dies nicht, wie die letzten Vorgänge in
unserem Beruf gezeigt haben, in einer Zentra-
lisation der Fall sein kann, erklärt sich die
Versammlung für Beibehaltung der bisherigen
Lokalorganisationen, resp. sucht auf Gründung
eines Kartells hinzuwirken.“

Ueber diese Resolutionen konnte aber, weil
durch endlose Geschäftsordnungsdebatten die Ver-
sammlung in die Länge gezogen wurde, nicht
abgefaßt werden. Ein Antrag von Kollege
Kohls, die Konferenz möglichst auf Ostern einzu-
berufen und als Ort Genuß zu wählen, wird
dadurch hinfällig, weil Kollege Weigang erklärt,
daß dieselbe von Leipzig einberufen und in
Leipzig zu Ostern stattfinden wird. Ein Antrag
Kohls, Delegierte dazu zu wählen, wird gegen eine
Stimme angenommen. Derselben wird ein
Antrag Waune, auch extra Eschmänner und die
Delegierten von zwei Richtungen zu wählen, ein-
stimmig angenommen. Die Wahl ergab folgen-
des Resultat: Lange (für Zentralisation) 44 Stim-
men, Schlegel (für Lokalorganisation) 41 Stim-
men, Eschmänner: Köhle (für Lokalorganisation)
38 Stimmen, Waune (für Zentralorganisation)
32 Stimmen. Da die Zeit weit vorgeschritten
war, wurde beschloffen, eine weitere Versammlung
nach Ostern nochmals stattfinden zu lassen.

Kaiserslautern. Der hiesige Vertrauens-
mann hatte am Sonntag, den 5. März, eine
öffentliche Buchbinderversammlung anberaumt,
wozu auch die hiesigen Buchdrucker eingeladen
wurden. Die Tagesordnung lautete: 1) Bericht
vom Verbandstag zu Frankfurt a. M., Referent
Kollege Schmidt-Mannheim; 2) Gründung einer
Verwaltungsstelle; 3) Verschiedenes.

Der Vertrauensmann, Kollege Debus, eröffnete
die Versammlung und heißt die anwesenden Gäste
herzlich willkommen. — In das Bureau wurden
gemäß: Klingner, erster Vorsitzender, Debus,
zweiter Vorsitzender, Bulsch, Schriftführer.

Sodann giebt Kollege Schmidt in zier-
lich hübsiger Rede die wichtigsten Beschlüsse des
Verbandstages bekannt, sowie die Hauptpunkte
des neuen Statuts. Gleichzeitig appellirte er an
die Kollegen, daß sie voll und ganz für den neuen
Verband wirken möchten. Der Vortrag wurde
mit Beifall aufgenommen und fand dann folgende
Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige öffentliche Buchbinderver-
sammlung erklärt sich voll und ganz mit den Be-
schlüssen des Verbandstages, welche durch den
Delegierten Schmidt vorgetragen wurden, ein-
verstanden und ist befreit, mit allen Kräften
zur Unterstützung beizutragen.“

Der Punkt Gründung einer Verwaltungsstelle
wurde zurückgestellt, da wir in Folge des neuen
Verbandsstatuts doch mit dem 1. Mai eine Zahl-
stelle bekommen.

Zu Punkt 3 gab es noch eine lebhaft
debattirte Mißstände der hiesigen Christen-
kassette. — Der Vorsitzende dankte hierauf den aus-
wärtigen Kollegen, sowie den Herren Buchdruckern
für ihr Erscheinen und schloß die öffentliche

Buchbinderversammlung mit einem Hoch auf die
internationale Gewerkschaftsbewegung.

Unserem Kollegen Schmidt sagen wir für seinen
Bericht auch an dieser Stelle besten Dank.

Schreiber dieses bietet nun die Herren Kollegen,
fest und stramm zur Organisation zu halten und
nicht durch persönliche Nörgeleien ein S. S. M. S. M.
der Bewegung zu werden; gleichzeitig bitte ich
die Kollegen, die ein Amt, resp. die das Ver-
trauen ihrer Kollegen bekommen, voll und ganz
darnach zu handeln. K.

Rundschau.

* Eine von Kölner Gewerkschaftskartell
aufgenommene Arbeitslosenstatistik ergab, daß
von 8851 Arbeitslosen bis zum 15. Februar noch
drei Viertel ohne Beschäftigung waren. Die
Zählung, welche vierzehn Tage in Anspruch nahm,
erforderte einen Kostenaufwand von 1022 Mark.

* Der Lübecker Bürgermeister hatte eine
Deputation der dortigen Arbeitslosen kürzlich er-
klärt, daß von einem eigentlichen Nothstand in
Lübeck keine Rede sein könne, da selbst im Winter
Arbeit genug vorhanden gewesen wäre. Also bei
den Arbeitern soll ein Nothstand nicht vorhanden
sein, dagegen hat sich aber beim Lübecker Senat
eine Lohnherabsetzung notwendig gemacht, denn
dieselbe hat auf Antrag des Bürgerausschusses
sich dahin entschieden, daß, unter Voraussetzung
der Mitgenehmigung der Bürgerkammer, vom
1. April an durch Abänderung des Gesetzes vom
7. April 1875 das Honorar der dem Gleichen-
stande angehörenden Mitglieder von 9000 M.
auf 12000 M., das Honorar der dem Gleichen-
stande nicht angehörenden Mitglieder von 3600 M.
auf 5000 M., die dem Bürgermeister als Ent-
schädigung für Ehrenausgaben zu zahlende Summe
von 1200 M. auf 2400 M. erhöht wird.

* Die Schneider Berlins befinden sich in
einer Lohnbewegung.

* Bekannte Bettler im Königreich
Sachsen. Das „Sozialpolitische Zentralblatt“
enthält darüber in seiner neuesten Nummer fol-
gende Notiz: Der wirtschaftliche Niedergang der
letzten Jahre kommt auch in der vom Königreich
Sachsen besonders sorgfältig geführten Statistik
betrifft Bettler und „Vagabunden“, deren vorläufige
Ergebnisse soeben veröffentlicht werden,
zum Ausdruck. Vom Jahre 1888 auf 1891 ist
die Ziffer der betrafften Personen von 8458 auf
10075, von 1888 auf 1892 die Ziffer der Ver-
traffungen von 12868 auf 18297 gestiegen.
Die meisten Vertraffungen erfolgten in der letzten
Jahreszeit, wo die Gewerbe-, Verkehrs- und Bau-
thätigkeit darniederliegt, was auf die „Vaga-
bunden“-Eigenschaft der Betrafften auch hier ein
bezeichnendes Licht wirft. Auf das Sommer-
halbjahr 1891 entfielen nur 5535, auf das Winter-
halbjahr 1891/92 dagegen nicht weniger als
11699 Vertraffungen, also beinahe die doppelte
Anzahl. Der Anteil weiblicher Personen ist etwas
zurückgegangen, betrug aber 1891 immer noch
beinahe 4 Prozent. Ledig waren 1891 etwa
70 Prozent der Betrafften, über 30 Jahre alt
waren 59 Prozent; man sieht also, wie sehr der
Umstand mitpricht, daß die besten Kräfte in
früherer Arbeit verbraucht sind. Die Angaben
über die Gebirgslage geben einen Begriff von
der Himathlosigkeit des modernen Proletariats.
Von den 1891 Vertrafften waren nur 44,7 Pro-
zent aus Sachsen selbst, 41,1 Prozent aus an-
deren deutschen Bundesstaaten und nicht weniger
als 14,1 Prozent stammten aus dem Ausland.
Es gehört viel Verstandnislosigkeit und Muth
dazu, aus diesen Ziffern etwas gegen die Arbeiter
herauszufinden.

Antimilitarismus in Europa, der ja auch nur eine
Fremdenverfolgung ist, gleichen einander wie ein
Ei dem andern. Aufgeschaltet von Leuten, die
daran Interesse haben, giebt sich eine Masse
geistig zurückgebliebener oder verschuldeter Indi-
viduen als Treibhunde her, über deren Hepp
hepp man nicht weiß soll man weinen oder
lachen, weil ihr Begriff nicht darüber hinaus geht.
Die Knechtschaft, die bei den europäischen
Völkern sich zu der schlechtesten Lebensweise ge-
staltete, mußte charakterbildend wirken, die vielen Fest-
tage boten Gelegenheit genug, um ein allgemeines
Verständnis für die schlechte Lage herbeizuführen,
was zu neuem Denken anspornte. Und wir leben:
je tiefer die Völker in Knechtschaft versanken,
desto höher wuchs ihr Begriff von ihren Menschen-
rechten, deren Vorbedingung die Freiheit ist, bis
es wild und ungemüth zum Durchbruch kam. Die
Macht der Kirche ist in Europa gebrochen, aber
der Kern der Völker ist in noch schwerer Ketten
geschmiebelt; aus dem Sklaven der Kirche ist ein
Lohnsklave geworden, dessen Ausbeutung von dem
Kapitalisten ebenso jenseitig betrieben wird wie
einst in anderer Weise; doch bald fällt, durch den
Aufstand des Proletariats, diese letzte Schranke,
die verhindert die Proklamirung der allgemeinen
Menschenrechte. — Daß auch unter den Chinesen
kapitalistische Ausbeuter ihr Spiel treiben, steht
fest, aber der Klassenunterschied macht sich nicht
so bemerkbar; während bei uns die Besitzenden
ihre zügellose Treiben öffentlich zur Schau
stellen, genießt der chinesische Ausbeuter den Raub
in seiner Behausung, fern von den profanen
Blicken der Ausbeuteten.

Das chinesische Volk ist nicht mehr das itten-
reine Volk von damals, sondern es ist ein von
Noth und Elend verkommenes Volk; sein National-
stolz*) ist aber derselbe zähe, thurmhöhe geblieben,

*) Nationalstolz ist eine Tugend, sofern er sich zucht-
föhrer läßt auf erhabene Zustände im Innern des Lan-
des. Der Nationalstolz bei Besiegten wird hervor-

* Das Ergebnis der am 5. Febr. in Leipzig
und den Vororten, sowie nächstliegenden Fabri-
orten vorgenommenen Arbeitslosenstatistik
stellt sich wie folgt: Arbeitslos waren 8608 Per-
sonen; darunter sind verheiratet 5227, welche
Kinder unter 14 Jahren haben insgesamt 9536;
ledig sind 3381. Arbeitslos durch Krankheit
wurden 771. Den Beruf gemeinhil hatten 669.
Zusammen giebt die Arbeitslosigkeit (3 Woche
7 Tage) 2438 Jahre, 36 Wochen und 3 Tage.
Durch die Arbeitslosigkeit entstand ein Lohnausfall
(nach örtlichem Tageslohn gerechnet) in Höhe
von 1438 178 M. Die durchschnittliche Dauer
der Arbeitslosigkeit bei den 8608 arbeitslosen
Personen betrug pro Kopf 14 Wochen 5 Tage.
— Das graphische Gewerbe, zu welchem
gerechnet wurden: Buchbinder, Presser, Präger,
Buchdrucker, Kupferstecher, Rotenstecher, Litho-
graphen, Steinbruder, Schriftgießer, Gravure,
Xylographen, Zinnsäfer, Photographen etc., ist
daran beteiligt mit 297 Arbeitslosen, von denen
95 verheiratet sind, welche 163 Kinder unter
14 Jahren zu ernähren haben. 202 sind ledig.
Durch Krankheit wurden arbeitslos 32. Den
Beruf gemeinhil haben 39. An Zeit giebt die
Arbeitslosigkeit der 297 Personen zusammen
98 Jahre, 37 Wochen, 3 Tage. Als Lohnaus-
fall ist die Summe von 61 612 M. der gewerbe-
angehörigen Arbeitslosen zu rechnen.

* Durch die Arbeitslosenstatistik, die in Eisen-
burg der Arbeiterverein aufnahm, wurden 209
arbeitslose Personen ermittelt, die zusammen
1975 Wochen, jebe also durchschnittlich 9 1/2 Wochen,
ohne Beschäftigung waren. Unter ihnen befanden
sich 149 Verheiratete, die zusammen 362 Kinder
zu ernähren hatten, 53 Ledige und 7 Witwen.
Viele Arbeitslosen scheuten sich, die statistischen
Formulare auszufüllen, weil sie Nachtheile für
sich fürchteten, wenn die Unternehmer durch einen
Zusatz davon erführen.

* Gegen 60 Vergleute, meist Familienväter,
sind allein aus dem Orte Obersberg nach Amerika
ausgewandert, weil sie auf den fiskalischen Gruben
des Saarcreviers keine Arbeit mehr bekamen. Ein
Theil der im Saarcrevier für immer Abgelegten,
die beim jüngsten Ausbruch besonders agitorisch
aufgetreten sind, sollen, wie die „Frankfurter
Zeitung“ berichtet, nunmehr gewisser „Wohlf-
thaten“ verlustig gehen, die ihnen früher zu Theil
wurden. Man hört, daß die Behörden von diesen
Leuten die ihnen gesagten Hausbaupläne zur-
rückgefordert und die gewährten unvernünftigen
Bauvoranschläge bei Vermeidung der Zwangssool-
stredung gefändigt hat, woberingen die Betreffenden
die Entscheidung des Gerichts anrufen haben
sollen.

* Bei den Gewerbegeichtswahlen in Heidel-
berg siegten in der Gruppe der Arbeiter die
Sozialdemokraten, die von 10 Kandidaten 9 durch-
brachten.

Den Fabrikinspektoren und Polizeibehörden
giebt das Gasarbeiter- „Fachsblatt“ „Der Fag-
genosse“ folgendes Schreiben bekannt, das zur
Richtschnur zu nehmen sie hoffentlich nicht ver-
fehlen werden: An die Schriftstelle des „Fag-
genossen“. G. Horn, Löttau-Dresden. Zur
Richtschnur. In der Nr. 9 des „Faggenossen“
vom 4. d. Mts. ist in dem Artikel unter „Rund-
schau“ „Den Herren Gasindustriellen ins Stammbuch“
gesagt, daß die Bestimmung: „bei Be-
triebsstörungen ist die Fabrik zur Zahlung einer
Entschädigung an die Arbeiter nicht verpflichtet“
dem von ähnlichen sich in „allen“ Arbeitsor-
dnungen deutscher Gasindustriellen finde, ohne daß
dem von irgend einer Polizeibehörde widersprochen
würde. Demgegenüber bemerke ich, daß die Be-
triebsordnungen in den Gasfabriken diesseitigen

Bezirktes der Landherrenschaft Bergedorf eine
solche Bestimmung nicht enthalten und, daß eine
derartige Bestimmung, welche in dem Entwurf
der Arbeits-Ordnung der Fabrik von Heint und
Diebrieh enthalten war, als den Vorschriften des
§ 124 Ziff. 4 der Gewerbeordnung widersprechend,
behördlicherseits beseitigt ist. Dies war im
Juli v. J. Der Bürgermeister Bergedorf, den
8 März 1893. J. A.: Dr. E. Ulfsh. — Die
Schriftleitung des „Faggenossen“ bemerkt dazu:
„Wir freuen uns, daß unser Hinweis auf das
Bestehen einer ungleichen Bestimmung in den
Arbeitsordnungen der deutschen Gasindustriellen
den Erfolg gehabt hat, die Ungleichheit dieser
Bestimmung behördlicherseits, wenn auch vorläufig
erst in einem Falle, anerkannt und zum öffent-
lichen Ausdruck gebracht zu sehen. Wir dürfen
daher um so mehr gespannt sein, zu erfahren, in
wie weit das Beispiel des Herrn Bürgermeisters
in Bergedorf von Seiten seiner Kollegen Nach-
ahmung finden wird. In Uebriegen sagt uns
diese amtliche Berichtigung, daß jene ungleiche
Bestimmung im Entwurf der Bergedorfer Fabrik-
ordnung enthalten war. Und dieser Entwurf
ging vom Verband der Gasindustriellen aus und
ist auch, so viel uns bekannt, von den Industriellen
der keramischen Industriezweige akzeptirt worden.“

Ueber die Zahl der Streiks in Oesterreich
theilt der Handelsminister Baquehem im öster-
reichischen Abgeordnetenhaus mit, daß diese im
Jahre 1891 104 betragen habe. Betroffen wer-
den von ihnen am meisten Nieder-Oesterreich,
Böhmen und Mähren; in Salzburg, Schlei-
en und Dalmatien kamen keine Streiks vor. Die
Zahl der am Streik beteiligten Arbeiter betrug
14000, der Verlust an Arbeitstagen 247 000.
In 19 Fällen wurden die Forderungen der
Streikenden gänzlich, in 29 theilweise und in
56 Fällen gar nicht bewilligt.

Die Gratifikationskommission der Arbeitsbörse
von Venedig hat durch ein Rundschreiben ange-
zeigt, daß die Gründung der Arbeitsbörse per-
fekt geworden. Der Magistrat hat sie in einer
ehemaligen Kirche untergebracht und stellt ihr außer-
dem 10 000 Franken zur Verfügung. — Die
Kommunalverwaltung von Rom hat zu bemerken
Zweck ein Lokal für 8500 Franken gemietet.

* Nach einem offiziellen Bericht des New-
Yorker statistischen Arbeitsbureau hat bei 637
Streiks der letzten vier Jahre die Ursache der-
selben darin bestanden, daß die Unternehmer sich
weigerten, die Arbeiterorganisationen anzuerkennen.
Auch ein hübscher Beweis für die so oft noch
herzugehobene Harmonie der Interessen zwischen
Kapital und Arbeit.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B.
Dietz Verlag) ist das 26. Heft des 11. Jah-
rganges erschienen. Aus dem Inhalt seien hier hervor-
gehoben: Zur Mittelvorlage. — Der Sozialismus in Frankreich
während der großen Revolution. Von C. Hugo. —
Technisch-ökonomischer und sozial-ökonomischer Fort-
schritt. Von Eduard Bernstein. (Fortsetzung). — Lite-
rarische Rundschau. — Notizen: Erhebungen über
Stellenlosigkeit der Handlungsgesellen. Landwirtschaftliche
Genossenschaften. — Feuilleton: Aus einem
deutschen Hause. Ein Familienbild aus dem neun-
zehnten Jahrhundert. Von Ludwig Schick. (Fort-
setzung).

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen
der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. B. Dietz Verlag)
ist die Nr. 6 des dritten Jahrganges ausgegangen.
Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen
vierteljährlich ohne Postgebühren 65 Pf.; unter Kreuzband
85 Pf. — Inseratenpreis die zwögeipaltene Petitzeile
20 Pf.

Tanmerthel.

Der Nachwind durch die Lufen pfeift,
Und auf dem Dachstuhlager
Zwei arme Seelen gebettet sind;
Sie schauen so blaß und so mager.

Die eine arme Seele spricht:
„Umhülf mich mit deinen Armen,
An meinen Mund drück fest deinen Mund,
Ich will an dir erwarman.“

Die andre arme Seele spricht:
„Wenn ich dein Auge sehe,
Verschwimmt mein Elend, der Hunger, der Frost
Und all mein Erbenweh.“

Sie küßten sich viel, sie weinten noch mehr,
Sie drückten sich feuzend die Hände,
Sie lachten manchmal und sangen sogar,
Und sie verstummten am Ende.

Am Morgen kam der Kommisar,
Und mit ihm kam ein braver
Chirurgus, welcher konstatiert
Den Tod der beiden Rabauer.

„Die strenge Witterung“, erklärte er,
„Mit Magenleere vereinigt,
Hat Weiber Ableben verursacht, sie hat
Zum Mindesten solches beschleunigt.“

„Wenn Fröste eintreten“, fest er hinzu,
„Sei höchst notwendig Verwahrung
Durch wollene Decken; er empfahl
Gleichfalls gesunde Nahrung.“

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfskasse), Sib Leipzig.

131]

Adressen der Vorstände und Verwaltungsstellen.

[32.10

Table with 5 columns: Verwaltung, Vorsitzender, Wohnung bzw. nähere Bezeichnung, Kassierer, Wohnung bzw. nähere Bezeichnung. Lists members from various cities like Annaberg, Apolda, Bamberg, etc.

„Sozialpolitisches Zentralblatt“ (herausgegeben von Dr. Heinz Braun, Verlag von J. Guttentag in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich 2,50 Mk., Einzelnummer 20 Pf. Erschienen in Nr. 25.

Abänderung in den Vereinsadressen. Dresden: Heinz Lange, Dresden-N., Pirnaischerstraße 26, S. III. (Som 1. April an.)

Abänderung im Verzeichnis von Vereinen. Berlin. H. Bei C. Siegenmund, Eisenbahnstraße 20. (Som 1. April an.) Braunschweig. Z. Jos. Michalski, Berdenstr. 28. (Som 1. April an.)

Briefkasten. Joh. Dahn, in H. Die eingeladnen 20 Pfg. reichen nicht, da das Anrecht 50 Pfg. kostet. Baldigste Einzahlung des Fehl Betrags notwendig. Harry B. in St. In nächster Nummer.

Anzeigen.

Sachverein Stuttgart. (Arbeiter und Arbeiterinnen.) [2.90] Montag, den 27. März, Abends präzis 1/9 Uhr. Versammlung im Saale des Gasthauses zum „Hirsch“, Dirschstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Gewerkschaft vor Ueberforderung“ von Herrn J. Stern, Schriftsteller. 2. Das neue Gewerke- und Betriebsrat der Vereinigten Gewerkschaften in eigener Regie. 3. Fragekasten. 4. Verschiedenes.

Todes-Anzeige. Am 8. März verstarb nach kurzer Krankheit unser mehrjähriges Mitglied Carl Linne plötzlich an Herzschlag. Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. [1.70] Sachverein Hannover.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse für Buchbinder etc. in Stuttgart. [1.20] Samstag, den 25. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei P. Weiß, Kaufmannstraße (alter Saal). 34hrl. Generalversammlung. Unter Hinweis auf § 21 werden die Mitglieder um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. Unserem II. Vorsitzenden Kollege J. Kunze [0.90] zum 22. Geburtstage die besten Glückwünsche. Seit Alter, do quod! Der Sachverein Karlsruhe. Diese hiermit allen werthen Kollegen und Fremden bei meinem Abgange von Gumburg ein „herzliches Lebewohl!“ [0.50] Johannes Haymann. Sämtliche Bestzeuge für Buchbinder etc. erzeugt und hält Lager [180] R. Klement, Leipzig, Ulrichsstraße 20.

Briefe x. an den Vorsitzenden der Kasse sind zu adressieren: An die Zentralverwaltung der Zentral-Krankenkasse der Buchbinder etc., Herrn P. Brandmaier, Leipzig, Langestr. 29. Briefe x. an den Kassierer der Kasse sind zu adressieren: An die Hauptkasse der Zentral-Krankenkasse der Buchbinder etc., Herrn P. Städter, Leipzig-Magwitz, Fischschersche Str. 31 a. Adresse des Vorsitzenden des Ausschusses: Bernhard Jost, Berlin NO., Greifswalderstr. 68 I. Wir bitten umgehend um Ergänzung der noch fehlenden Adressen.

Ein Kollege gelesenen Alters, in Parisien und Gortiment gut eingearbeitet, findet in einer schönen und gut eingerichteten Buchbinderi dauernde und angenehme Stellung. [1.00] Kollegen, welche sich im Hand- und Preisvergoldeten ausbilden wollen, finden günstige Gelegenheit. Station außer dem Hause. Offerten mit Angabe der Leistungsfähigkeit und Lohnansprüche (mit Verbleibungsfrist) provisorischer Verhältnisse) vermittelt Ed. Weigel, Dierstr. 71 in Zeer, (Dorfstrassen).

Lehranstalt für Hand- & Pressvergoldung etc. Ausbildung in allen Fachern der Buchbinderlei. Prospektstr. 20. A. Kullmann, Glauchau (Sachsen).

Unterricht im Hand- u. Preisvergoldeten nach eigener leicht faßlicher Methode ertheilt [0.80] K. Wih. Hofmann, Karlstraße (Sachsen).

Erste Fachschule für Buchbinder GEMA (Rosa L.) Ausbildung in Handvergoldeten, Lederdruck, Marbieren, Leisten etc. Ausländische Prospekt gratis u. franko. Horn & Patselt.

Abth. A. Grosshandlung Lederwaren. Abth. B. Institut für Buchbinderbedarf. Abth. C. W. B. Wierckler Leipzig. Vertretung von Druckmaschinen und Buchdruckmaschinen. Vertretung von Buchdruckmaschinen und Buchdruckmaschinen. Vertretung von Buchdruckmaschinen und Buchdruckmaschinen.